

weitere Gäste

Name

Vertreter der Presse

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

- 1 . Eröffnung der Sitzung
- 1.1 . Tagesordnung
- 1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 03.05.2018
- 1.3 . Beantwortung von Anfragen
- 1.4 . Informationen des Bürgermeisters
- 2 . Einwohnerfragestunde
- 3 . Antrag der CDU-Fraktion - Sitzgelegenheiten für gehbehinderte Menschen, Reg.-Nr. 289-18 - Stellungnahme der Verwaltung
- 4 . Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Bedarf Schulsozialarbeit, Reg.-Nr. 290-18 - Stellungnahme der Verwaltung
- 5 . Vorberatung
- 5.1 . Antrag der SPD/Grüne Fraktion - Vereinbarkeit mit Familie und Arbeit, Reg.-Nr. 292-18 - Stellungnahme der Verwaltung
- 5.2 . Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Einberufung Elternrat, Reg.-Nr. 293-2018 - Stellungnahme der Verwaltung
- 6 . Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 . Eröffnung der Sitzung

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, begrüßt alle Anwesenden und stellt zwei neue Mitglieder für den Bildungs- und Sozialausschuss vor.

Das ist Frau Stadträtin Christa Süß für die CDU-Fraktion und Herr Jörg Simmat als beratender Bürger für die Fraktion DIE LINKE.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, und Frau Stadträtin Boerner, CDU-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1 . Tagesordnung

Es gibt keine Änderung der Tagesordnung.

1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 03.05.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des BiSoA vom 03.05.2018 liegt nicht vor, da hier die Unterzeichnung durch einen Stadtrat fehlt. Sie wird nachgereicht.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des BiSoA vom 03.05.2018 wird während der Sitzung herumgereicht.

1.3 . Beantwortung von Anfragen

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt hinsichtlich einer Anfrage zur Anzahl der Kita-Menü-Gutscheine mit, dass zum Stichtag 30.0.2018 von 850 ausgegebenen Gut-

scheinen 24 Gutscheine ausgezahlt wurden.

Die niedrige Zahl ist damit zu erklären, dass Kinder erst mit Vollendung des 1. Lebensjahres eine Einrichtung beziehen.

Herr Stadtrat Bindl, FDP/Initiative Plauen, fragt an, wann die Gutscheine verschickt werden, da er, nach der Geburt seines Kindes, noch keinen Gutschein erhalten hat.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass nach der Geburt eine Meldung durch das Einwohnermeldeamt an seinen Fachbereich erfolgt und dann die Gutscheine versendet werden. Es erklärt sich für ihn nicht, dass Herr Stadtrat Bindl, FDP/Initiative Plauen, keinen Gutschein erhalten hat. Er geht dem nach und wird eine Zusendung veranlassen.

1.4 . Informationen des Bürgermeisters

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, teilt mit, dass er, hinsichtlich der Problematik Mülltrennung an Plauener Schulen, Herrn Armbruster von der GAV angefragt hat. Herr Armbruster wird im nächsten BiSoA zu diesem Thema detailliert Auskünfte geben.

2 . Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner zur Einwohnerfragestunde erschienen.

3 . Antrag der CDU-Fraktion - Sitzgelegenheiten für gehbehinderte Menschen, Reg.-Nr. 289-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert nochmals die vorliegende Antragstellung. Dabei geht er auf die Anfragen und Gespräche mit Bürgern ein, die das Problem der unzureichenden Sitzmöglichkeiten, vor allem auch für gehbehinderte und körperlich eingeschränkte Menschen, zu den Weihnachtsmärkten zum Thema machen.

Frau Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte, bedankt sich bei der CDU-Fraktion für ihren Antrag. Sie verdeutlicht, dass zunehmend auch Menschen mit Beeinträchtigungen den Weihnachtsmarkt und auch andere Plauener Stadtfeste besuchen und dass hierbei auf ihre Bedürfnisse verstärkt Rücksicht genommen werden sollte.

Sie wird für den Antrag Überzeugungsarbeit beim FB Sicherheit und Ordnung leisten, um relativ kurzfristig mit einfachen Mitteln mehr Sitzmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen zu schaffen.

Frau Stadträtin Boerner, CDU-Fraktion, fragt nach der Zeitschiene. Wann könnte eine Rückinformation erfolgen, mit eventueller Umsetzung der Maßnahmen bereits zum diesjährigen Weihnachtsmarkt.

Frau Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte, verdeutlicht, dass sie möglichst zeitnah versucht einen Abstimmungstermin zu finden, um dann über dessen Ergebnis, in einem der nächsten Bildungs- und Sozialausschüsse zu informieren.

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE., fragt in diesem Zusammenhang nach den Kosten, die mit den Maßnahmen verbunden sind und ob dies im Seniorenbeirat besprochen wurde.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, antwortet, dass über die Kosten momentan keine Auskunft erteilt werden kann. Erst nach der stattfindenden Beratung und danach resultierender Kostenerfassung durch den Fachbereich- Einbeziehung GAV.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, erklärt hinsichtlich der Einbeziehung des Seniorenbeirates, dass auch aus diesem Gremium und von anderen Bürgern die Forderung gestellt wurde, Sitzmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Stadtrat Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach den Unterschiedlichkeiten von Sitzgelegenheiten für Menschen ohne Beeinträchtigung und Menschen mit Beeinträchtigung an und das auch an anderen Orten (z.B. Friedhöfe etc.) ein Mangel an Sitzmöglichkeiten vorhanden ist.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, antwortet, dass dieser Hinweis eine Einbeziehung erfährt, um Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen.

Frau Stadträtin Boerner, CDU-Fraktion, regt an, zu prüfen, ob dafür Fördermöglichkeiten vorhanden sind, um diese zu nutzen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, antwortet, diesen Hinweis mit in die Beratung einfließen zu lassen.

Er lässt über den Antrag abstimmen:

Der Bildungs- und Sozialausschuss befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion – Sitzgelegenheiten für gehbehinderte Menschen, Reg.- Nr. 291-18- Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 8 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen, 0 Enthaltungen

4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Bedarf Schulsozialarbeit, Reg.-Nr. 290-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE., erläutert nochmals die Intension des Antrages ihrer Fraktion.

Sie teilt mit, dass es bisher keine Schulsozialarbeit an Plauener Grundschulen vorhanden ist. Deshalb sollte überprüft werden, an welchen Grundschulen der Stadt Plauen Bedarf besteht, entsprechend der Änderungen der Rechtsgrundlagen-Schulgesetznovelle und der Änderung der Förderrichtlinie vom 06.03.2018.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt entsprechend der Stellungnahme des GB I dazu mit, dass für diesen Leistungsbereich der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zuständig ist, also das Landratsamt Vogtlandkreis- Amt für Jugend und Soziales. Selbiges führt mit dem Sächs. Landesamt für Schule und Bildung die notwendige Bedarfserfassung durch.

Sein Fachbereich hat darüber hinaus auch Bedarfe ermittelt.

Von 11 angeschriebenen Grundschulen (GS) haben 8 geantwortet. Davon haben 7 GS einen Bedarf an Schulsozialarbeit angemeldet, für eine Grundschule besteht kein Bedarf. Die Schulen könnten sich vorstellen, dass ein Schulsozialarbeiter an mehreren Schulen tätig ist. Durch eine Projektförderung erhält die Karl-Marx-GS bereits einen Schulsozialarbeiter/Sozialarbeiterin. Nach dem Abschluss der Maßnahme wäre auch hier ein Bedarf an Schulsozialarbeit gegeben.

Über diese Bedarfsermittlung wurde das Landratsamt informiert und hat umfänglich daraufhin der Stadt Plauen geantwortet.

In dem Gesamtkonzept werden 3 Prioritäten gesetzt:

1. Oberschulen mit Schulsozialarbeit auszustatten (Ausstattung mit einer VZE-40 Std.-Woche).

2. Erhalt der Schulsozialarbeit an den Förderschulen ab Schuljahr 2018/2019 (die Förderschulen, wo bereits Schulsozialarbeit geleistet wird).

3. Perspektivisch soll ab dem Schuljahr 2019 Bedarfe einer Schulsozialarbeit an weiteren Schulen (GS, OS, in freier Trägerschaft, Gymnasien und Förderschulen) ermittelt werden.

Danach wird der Bedarf erfasst und in einer Prioritätenliste zusammengefasst. Eine Gewährleistung besteht hierbei jedoch nicht, da es abhängig von den verfügbaren Haushaltsmitteln ist (momentan sind jedoch für die Priorität 3 keine Haushaltsmittel im Vogtlandkreis vorgesehen).

5. Vorberatung

5.1. Antrag der SPD/Grüne Fraktion - Vereinbarkeit mit Familie und Arbeit, Reg.-Nr. 292-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, erläutert die vorliegenden Antragstellungen **292-18 (Vereinbarkeit mit Familien und Arbeit)** und **293-18 (Einberufung eines Stadtelternrates Kita)**.

Dazu empfiehlt Sie eine Einzelabstimmung zu den Anträgen vorzunehmen und geht sogleich auf die Beantwortung durch den GB I ein.

Bei dem Thema **Öffnungszeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen** geht es vor allem darum, diese nach Möglichkeit zu verlängern (z.B. für die Kassiererin, die bis 20.00 Uhr arbeiten muss).

Bei der **Flexibilisierung der Betreuungszeiten** ist zu prüfen, ob eine flexible Aufteilung der Betreuungszeiten auf die gesamte Woche umsetzbar ist (z.B. Kinder an einem Tag der Woche für wenige Stunden zu betreuen, einen anderen Tag dafür eine längere Betreuung anzubieten). Der Punkt 2- **Angebot bedarfsgerechte Öffnungszeiten an ausgewählten städtischen Kitas anbieten** wurde bereits in ihren Ausführungen widergegeben.

Hinsichtlich Punkt 3- **10 und 11 Stunden Verträge in die Elternbeitragsatzung einzuarbeiten** teilt sie mit, dass bei Vollzeitarbeit der Eltern es schwierig ist, die Kinder rechtzeitig von der Kita abzuholen (unter Beachtung der Einhaltung der gesetzlichen Mittagspause und längerer Anfahrtswege durch Berufsstandorte außerhalb des Kita-Ortes). Die bereits mögliche Nutzung der 10. Stunde ist vom Kostenansatz gegenüber der 9. Stunde nicht fair, da hierbei der Beitrag das 5-fache dem der 9. Stunde beträgt. Auch das Argument der Kindwohlgefährdung bei längerer Stundenzahl ist hier nicht als gerechtfertigt zu betrachten.

Bei den Punkten 4 **Aufstockung der Wochenarbeitszeit** und 5 **Erhöhung von 32-Stunden-Verträgen** merkt sie an, dass die Verwaltung dazu tätig geworden ist und sie das Vorgehen der Verwaltung unterstützt.

Zu dem 2. Antrag erläutert sie, dass die Meinung der Elternschaft nach Ihrem Verständnis nicht genügend Gehör findet. Die von Ihr kontaktierten Eltern wünschen einen regelmäßigen Austausch mit Stadträten und der Stadtverwaltung, um ihre Ideen und Vorstellungen in Diskussionen einzubringen.

Das Argument der Verwaltung, dass bei Einberufung eines Elternbeirates hierbei personelle Ressourcen erschöpft sind, empfindet sie als schwach (ein zweimonatig tagender Elternbeirat ist mit Sicherheit möglich, auch bei den gegenwärtigen personellen Voraussetzungen).

Sie würde es begrüßen, diese Vorschläge auch unter dem Aspekt gegen Politikverdrossenheit für mehr Bürgerbeteiligung zu sehen.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, geht in Beantwortung der 2 gestellten Anträge ein. Hinsichtlich der Erweiterung der Öffnungszeiten teilt er mit, dass es sich hierbei um Minderheiten/Einzelfälle handelt. Ein funktionierendes System in Frage zu stellen, ist nicht relevant. In Einzelfällen ist durchaus eine Flexibilisierung zu begrüßen.

Er verweist darauf, dass die neue Kita in der Elsteraue bis 20.00 Uhr öffnen wird, allerdings in begrenzter Platzzahl.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, verdeutlicht sein Unverständnis hinsichtlich des Themas Öffnungszeiten, da bereits jährlich eine Befragung zu bestehenden Öffnungszeiten kommunal-

ler Einrichtungen durchgeführt wird (es käme eine Finanzierung auf diejenigen zu, die die erweiterten Öffnungszeiten nicht in Anspruch nehmen).

Er gibt gleichzeitig zu bedenken, dass man dadurch Arbeitgebern eine Tür öffnet, die nicht im Sinne einer gedeihlichen Eltern-Kind-Beziehung sein kann (AG könnten ihrerseits die Anforderungen an Arbeitszeiten der Eltern erhöhen, um wirtschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen).

Frau Stadträtin Boerner, CDU-Fraktion, erklärt aus ihrer Sicht, dass ein bestehendes System, welches derzeit gut funktioniert, nicht durch ein unnötiges Neues ersetzt werden sollte, zumal es bereits möglich ist, in Einzelfällen flexible Gestaltungsmöglichkeiten anzubieten, auf individuelle Wünsche einzugehen.

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, bemerkt, dass es ihr nicht darauf ankommt ein bestehendes System zu unterwandern, sondern dass die Verwaltung in vorhandenen Einzelfällen auf die Eltern zugeht, um flexible Lösungen anzubieten (dabei benennt sie die eigenen guten Erfahrungen, die sie während ihrer Studienzeit in punkto Flexibilität erfahren hat).

Herr Stadtrat Bindl, Fraktion FDP/Initiative Plauen, erklärt ebenfalls, dass man an einem bewährten System festhalten sollte. Transparenz und Flexibilität sind hierbei in der Vertragsgestaltung zwischen Eltern und Kita aufzunehmen.

Herr Stadtrat Rüdiger, Fraktion DIE LINKE., stellt dazu fest, dass Eltern aus einkommensschwächeren Schichten sowie Alleinerziehende, ihre Kinder nicht immer von anderen Personen abholen lassen können. Auch er sieht hierbei eine Gefährdung der sozialen Eltern-Kind-Beziehung. Teilzeitarbeit ist für Menschen mit geringerem Einkommen nicht möglich.

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass die Diskussion zuerst im Vogtlandkreis zu führen ist, da hierbei die Gesetzlichkeiten des Kreises Beachtung finden müssen. Sie teilt mit, dass erst eine Abprüfung dessen erfolgen muss und sie daher nicht über den Antrag abstimmen möchte.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, lässt über den 1. Antrag abstimmen:

Der Bildungs- und Sozialausschuss befürwortet nicht den Antrag der Fraktion SPD/Grüne- Vereinbarkeit mit Familie und Arbeit Reg.- Nr. 292-18- Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis Punkt 1 (Bedarfsabfrage bzgl. Öffnungszeiten und flexible Betreuungszeiten) des ersten Antrages: 3 Ja- Stimmen, 5 Nein- Stimmen, 1 Enthaltung

Der Punkt 2 des ersten Antrages (bedarfsgerechte Öffnungszeiten an ausgewählten städtischen Kitas anzubieten) ist als erfüllt zu betrachten. Es bedarf keiner Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Punkt 3 (10 und 11 Stunden Verträge in die Elternbeitragsatzung einzuarbeiten) des ersten Antrages: 3 Ja- Stimmen, 5 Nein- Stimmen, 1 Enthaltung

Die Punkte 4 (Aufstockung der Wochenarbeitszeit der Erzieher) und 5 (Erhöhung der Stundenanzahl der 32-Stunden-Verträge) sind als erfüllt zu betrachten. Es bedarf keiner Abstimmung.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, wertet aus, dass der erste Antrag der Fraktion SPD/Grüne- Vereinbarkeit mit Familie und Arbeit Reg.- Nr. 292-18- Stellungnahme der Verwaltung somit abgelehnt ist.

5.2 . **Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Einberufung Elternrat, Reg.-Nr. 293-2018 - Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, verdeutlicht, dass, entsprechend Sächs. KitaG, Elternbeiräte gebildet werden können. Dabei liegt jedoch hinsichtlich der Elternmitwirkung der Schwerpunkt auf den Elternversammlungen und den Elternbeiräten der Einrichtungen.

Entsprechend Nachfragen bei den Elternbeiräten in Einrichtungen in der Stadt Plauen bzgl. eines Bedarfs wie auch Bereitschaft zu Mitarbeit in einem Stadtelternrat hat ergeben, dass wenig Interesse am Thema besteht.

Er empfiehlt daher, ob der aufwändigen Organisation und Begleitung eines solchen Rates durch den GBI, den Antrag abzulehnen.

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, findet die Argumentation der Stadt unfair, da es einen Seniorenbeirat gibt, der in etwa denselben Aufwand betreibt, wie ein Elternbeirat. Sie sieht den Elternbeirat eher als Gewinn, als einen Aufwand für die Stadt Plauen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, merkt an, dass es darum geht, nicht weitere zusätzliche Gremien zu schaffen, die Entscheidungen treffen, die i.d.R. durch andere Gremien beschlossen werden. Er warnt davor, dass dies die angesprochene Politikverdrossenheit verstärken könnte, wenn ein Eindruck vermittelt wird, Entscheidungsgremium zu sein, um später festzustellen, dass dies nicht der Fall ist.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, teilt mit, dass der Seniorenbeirat selbst aktiv ist, es sind dafür Strukturen vorhanden (Faktor Zeit ist vorhanden und daher Widmung gesellschaftlicher Themen u.a. möglich). Gremien aufzubauen, wo meist nur Meinungen ausgetauscht werden, sind nicht sinnvoll und daher abzulehnen.

Herr Stadtrat Bindl, Fraktion FDP/Initiative Plauen, unterstützt die Argumentation der Verwaltung, keinen Elternbeirat einzuberufen. Es sind bereits jetzt Möglichkeiten vorhanden, sich als Eltern einzubringen (Elternversammlungen, Elternbeiräten, in Stadtratssitzungen, Einwohnerfragestunden etc.).

Frau Stadträtin Boerner, CDU-Fraktion, merkt an, dass Elternbeiräte zu 90 % in Großstädten vorhanden sind. Aus ihrer Sicht ist es nicht notwendig, einen weiteren Beirat, auch hinsichtlich der Größe der Stadt Plauen, zu schaffen (Entstehung von Doppelstrukturen). Sie legt die Vorgehensweise des Antrages eher als parteipolitisch geprägt aus und erwartet einen sachlicheren Umgang miteinander.

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, erinnert, dass ihre Fraktion in der Vergangenheit einen Antrag bzgl. eines Beauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung gestellt hat, der nicht angenommen wurde (Thematik spiegelte im Grunde das wider, was mit dem Stadtelternrat bezweckt werden soll).

Ihre Fraktion wird dem Antrag zur Einberufung eines Stadtelternrates, obwohl gut gemeint, nicht zustimmen.

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, argumentiert nochmals, dass der Sinn und Zweck eines Beirates darin besteht, seine Meinung dem Stadtrat mitzugeben, eigene Ideen, Anregungen einzubringen. Er sollte nicht als Last, sondern als Bereicherung angesehen werden.

Der Bildungs- und Sozialausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt hinsichtlich des Familienpasses des Freistaates Sachsen an, dass die Stadt Plauen in dieser Broschüre nicht aufgeführt wurde (Nutzung von Vergünstigungen etc.).

Des Weiteren möchte sie einen Antrag ihrer Fraktion stellen „Wohnsituation in der Stadt Plauen nach sozialen Gesichtspunkten“, welchen sie stichpunktartig vorträgt.

Sie fragt weiterhin nach dem Nichtschwimmer-Anteil Plauener Kinder an (nach ihrem Informationsstand können 30 % der Plauener Kinder unter 10 Jahren nicht schwimmen).

Sie fragt bzgl. der Nichthilfeeinstattung der Absenkungsbeiträge nach, ob es Anfragen an die Stadt Plauen gibt.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, teilt daraufhin mit, dass er um Konkretisierung der einzelnen Punkte bittet und zur Entscheidung den Oberbürgermeister darüber informiert, da bei diesem Antrag mehrere Bereiche der Verwaltung angesprochen werden.

Er ist auch überrascht, ob des angesprochenen, prozentual hohen Nichtschwimmeranteils Plauener Kinder und sagt eine Prüfung zu. Es erfolgt eine Weiterleitung der Anfrage an den GB I, FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport mit Terminsetzung zum BiSoA am 13.09.2018.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt auf die Frage nach der Nichthilfeeinstattung der Absenkungsbeiträge, dass es Familien in der Stadt Plauen betrifft.

Die Stadt Plauen hat eine entsprechende Zuarbeit an den Vogtlandkreis zu erstellen.

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, fragt diesbezüglich an, ob rechtlich eine Erstattung durch die Stadt Plauen eines Beitrages möglich ist, für die Eltern, die den Vorteil vorher hatten und jetzt finanziell schlechter gestellt sind.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass dazu der Vogtlandkreis verantwortlich ist, nicht die Stadt Plauen.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, fragt bzgl. des derzeitigen Standes der Tagesmütter an, nach dem eine Tagesmutter ihre Tätigkeit aufgegeben hat.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass es bedauerlich ist, dass eine Stelle für die Tagespflege weniger zur Verfügung steht. Es finden Prüfungen von Neubesetzungen der Tagespflege statt. Als größtes Problem werden die Räumlichkeiten angesehen, um die Tagespflege durchzuführen (kein Mangel an Stellen, sondern an Räumlichkeiten). Hierbei wäre es wichtig, mit Blick auf die Wirtschaft, dass Unternehmen geeignete Betreuungsangebote zur Verfügung stellen.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Eckert-Schulen, wo Integrationskurse mit begleitender Kinderbetreuung durch Tagesmütter angeboten werden.

Weiterhin stellt er fest, dass eine Vermittlung der Verwaltung zwischen Tagesmüttern und der Wirtschaft wichtig ist, um geeignete Räumlichkeiten anzubieten (Abstimmung mit Wirtschaftsförderung).

Bezüglich der Tagespflegestellen wirbt die Verwaltung in den Stadtnachrichten und auf ihrer Homepage.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, begrüßt den Schritt, auf die Wirtschaft zu zugehen. Er regt an, die WbG Plauen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten mit einzubeziehen. Weiterhin könnten Ortschaften angefragt werden, ob sie evtl. Raumkapazitäten besitzen.

Frau Stadträtin Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, fragt nach, ob es bei der Tagespflegeangeboten momentan Inklusiv-Betreuung gibt.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass es nach derzeitigem Erkenntnisstand keine Kinder mit besonderem Förderbedarf gibt. Es muss ein besonderer Förderbedarf festgestellt werden, um entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Torsten Abraham
Schriftführer

Xenia Boerner
Stadträtin

